

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 07.06.2021
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:15 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael C. Kissig CDU

Mitglieder

Julian Fresch CDU Vertretung für: Michael Schernikau

Herbert Thomascheski CDU

Lothar Barop SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Olaf Wuttke

Renate Koschorrek FDP

Andreas Schnieber WSI

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Christian Fuchs CDU in Vertretung

Jugendbeirat

Arne Thon Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Dieter Gerber Seniorenbeirat

Verwaltung

Manuel Baehr zu TOP 12

David Karohl zu div. TOPs

Stefanie Volkmann zu TOP 10

Niels Schmidt Bürgermeister

Niklas Viehmann Protokollführung

Jörg Amelung

Rolf Jagemann

Volkmar Scholz

Abwesend

Mitglieder

Michael Schernikau CDU entschuldigt.

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt.

Umweltbeirat

Jens Brüggemann

Umweltbeirat

entschuldigt.

Gäste:

Herr Maurer (Stadtwerke Wedel) zu TOP 6 und 11

Herr Zunker (KPMG Law) zu TOP 10

1 Einwohner*innen

1 Vertreter der örtlichen Presse

Der Vorsitzende Herr Kissig begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Der TOP 13 - Vertrag mit Diakonische Dienste Hamburg-West/Südholstein GmbH, Flüchtlingsbetreuung wurde bereits im Sozialausschuss entschieden und bedarf aktuell keine weitere Beratung im HFA. Der Punkt kann damit von der Tagesordnung gestrichen werden.

Herr Dr. Murphy fragt nach einer Begründung für die Nichtöffentlichkeit des Tagesordnungspunktes 10. Es wird erläutert, dass der Inhalt der Vorlage möglicherweise direkte Auswirkungen auf bestehende Vertragsverhältnisse mit externen Dienstleistern habe.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die Streichung des Tagesordnungspunktes 13 und den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 9-14.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 10.05.2021 | |
| 4 | Einführung eines festgelegten Sitzungsendes | |
| 4.1 | Interfraktioneller Antrag SPD, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen
Hier: Einführung eines verbindlichen Sitzungsendes | ANT/2021/018 |
| 4.2 | Antrag der WSI Fraktion
Hier: Einführung eines verbindlichen Sitzungsendes | ANT/2021/025 |
| 4.3 | Antrag der CDU Fraktion
Hier: Einführung eines regelmäßigen Sitzungsendes um 22 Uhr | ANT/2021/024 |

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 5 | Wahl Bürgermeister*in
Vorbereitung der öffentlichen Ausschreibung | BV/2021/040 |
| 6 | Beteiligung der Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH an der
450 Versorgerallianz (einer Gesellschaft zur Gestaltung
einer krisenfesten und zukunftssicheren
Kommunikationslösung innerhalb der Energiewirtschaft)
Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG (VA 450
KG) | BV/2021/041 |
| 7 | 1. Nachtragshaushaltssatzung 2021 | BV/2021/044 |
| 8 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 8.1 | Datenschutzrechtliche Bewertung der Prototollführung | MV/2020/103 |
| 8.2 | Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation | |
| 8.3 | Bericht der Verwaltung | |
| 8.4 | Öffentliche Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|--|-------------|
| 9 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der
Sitzung vom 10.05.2021 | |
| 10 | wedel.de | MV/2021/033 |
| 11 | Beteiligung der Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH an der
Gründung einer Gesellschaft zu Realisierung und Erprobung
von Digitalisierungs- und Automatisierungsprojekten in der
Energiewirtschaft | BV/2021/038 |
| 12 | Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer | BV/2021/036 |
| 13 | Vertrag mit Diakonische Dienste Hamburg-West/Südholstein-
GmbH, Flüchtlingsbetreuung | BV/2021/019 |
| 14 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 14.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 14.2 | Nichtöffentliche Anfragen | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 15 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Eine Bürgerin fragt, warum der Tagesordnungspunkt 10 nichtöffentlich beraten werden soll. Die Begründung, die eingangs gebracht wurde, reiche ihr nicht aus.

Herr Kissig antwortet, dass eine Begründung geliefert wurde und dies auch mit den Unterlagen, die nichtöffentlich verteilt wurden, nachvollziehbar sei.

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 10.05.2021

Es gibt keine Einwände zu dem Protokoll.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 10.05.2021 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei drei Enthaltungen.

4 Einführung eines festgelegten Sitzungsendes

Die eingereichten Anträge werden der Reihe nach eingebracht.

Frau Jacobs-Emeis bringt den interfraktionellen Antrag der SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen ein. Der Antrag sei Ergebnis eines harten Ringens in den Beratungen gewesen. Trotz gemeinsamen Workshops liegen nun drei Anträge zu diesem Thema vor. Die Begründung ist dem Antrag zu entnehmen.

Herr Schnieber stellt den Antrag der WSI vor. Dieser sei ein Änderungsantrag des interfraktionellen Antrags, der keine inhaltlichen Unterschiede aufweise, sondern juristisch anders formuliert wurde. Wichtige TOPs liegen aufgrund der Nichtöffentlichkeit häufig am Ende der Tagesordnung. Diese liefen Gefahr in die nächste Sitzung verschoben zu werden. Es wäre besser, wenn direkt eine Folgesitzung einberufen werden könnte, um eilige Entscheidungen früher treffen zu können. Die Formulierung „abschließende Behandlung“ solle durch „abschließende Beratung“ ersetzt werden, da das Thema nicht endgültig abgeschlossen werde.

Herr Fresch verliest den CDU Antrag. Dieser zielt darauf ab, mit einer 2/3 Mehrheit ausnahmsweise wichtige Angelegenheiten doch noch abschließen zu können. Dies sei gelebte

Praxis im Kreistag.

Herr Kissig ergänzt, dass bei der vorletzten Sitzung des Rates so ein Fall eingetreten sei. Für relativ wenig wichtige Tagesordnungspunkte musste eine zusätzliche Sitzung einberufen werden. Die Beteiligung der Ratsmitglieder war entsprechend niedrig. Durch solche Folgesitzungen entstehen weitere Kosten, obwohl die Tagesordnung auch hätte beendet werden können. Daher sollte eine Öffnungsklausel aufgenommen werden, wobei 2/3 der Ratsmitglieder die Weiterführung der Sitzung beschließen müssten. Beim Kreis klappe dies prima, dort werde fast nie überzogen.

Herr Murphy führt aus, dass das Ziel geteilt werde. Allerdings sehe er keinen Grund, ohne Not durch eine starre Regelung eine unnötige Selbsteinschränkung des Rates einzuführen, unabhängig von der noch zu beratenden Tagesordnung. Aufgrund der Folgen, die manche der Beschlüsse nach sich ziehen, sollte es zumutbar sein, hin und wieder auch länger als 22 Uhr in einer Sitzung zu sein. Eine solche Regelung könnte darauf hinauslaufen, dass der Sitzungsbeginn auf 18 Uhr vorgezogen werden könnte und dies sei absolut nicht gewollt. DIE LINKE werde den CDU Antrag aufgrund der Öffnungsklausel unterstützen.

Für Frau Jacobs-Emeis sollten die Ausschussvorsitzenden stärker innerhalb der Sitzung lenken und darauf hinwirken, dass die Tagesordnung innerhalb der vorgegeben Sitzungszeit abgeschlossen werden könne. In dem Workshop, an dem hauptsächlich Frauen mitgewirkt hätten, wurde diese Öffnungsklausel nicht gewollt. Im Planungsausschuss wurde früher häufig mit einem direkten Folgetermin gearbeitet.

Frau Süß weist darauf hin, dass ein verlässliches Sitzungsende nicht nur für junge Mütter, sondern auch für Berufstätige wichtig sei. Eine feste Regelung könnte für bessere Disziplin sorgen und die Sitzungen verkürzen. Gegebenenfalls könnten auch wichtige Tagesordnungspunkte vorgezogen werden.

Herr Kissig erklärt, dass die Regelung beim Kreis sehr gut für Disziplin Sorge. Der Grundgedanke war, Kommunalpolitik für Frauen attraktiver zu machen. Eine zweite zusätzliche Sitzung wäre aus seiner Sicht allerdings abschreckender als eine längere Sitzung. Die Sitzung könne auch nur verlängert werden, wenn 2/3 der Ratsmitglieder dies beschließen. Dadurch sei eine hohe Hürde vorhanden.

Frau Koschorrek weist darauf hin, dass ein Folgetermin beim HFA auf den kommenden Montag nicht ginge, da dann die Fraktionssitzungen angesetzt seien.

Anschließend lässt Herr Kissig über die eingebrachten Anträge abstimmen.
Zunächst wird der Änderungsantrag der WSI und der Antrag der CDU abgelehnt.
Der interfraktionelle Antrag wird angenommen.

4.1 Interfraktioneller Antrag SPD, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen

ANT/2021/018

Hier: Einführung eines verbindlichen Sitzungsendes

Der Antrag wird beschlossen und die Geschäftsordnungsänderung dem Rat empfohlen.

Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird angenommen.

Der Rat der Stadt Wedel/HFA beschließt:

Die „Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel“ wird im § 30 „Unterbrechung, Vertagung und Aufhebung der Sitzung“ um folgenden neuen Absatz ergänzt:

„(4) Nach 22:00 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in Bera-

tung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Danach ist die Sitzung zu schließen. Die restlichen Punkte sind in der direkt nachfolgenden Sitzung an vorderer Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.“

Abstimmungsergebnis:

7 Ja (3x Bündnis 90 / Die Grünen, 3x SPD, 1x FDP)

5 Nein (4x CDU, 1x WSI)

1 Enthaltung (1x DIE LINKE)

4.2 Antrag der WSI Fraktion

ANT/2021/025

Hier: Einführung eines verbindlichen Sitzungsendes

Der Antrag lautet:

Änderungsvorschlag zum Antrag der SPD, Grünen und FDP für eine Formulierung zum Thema „Verbindliches Sitzungsende“

„(4) Die Sitzung endet mit dem Abschluss der Beratungen des letzten vor 22 Uhr aufgerufenen Tagesordnungspunktes. Die Feststellung hierzu trifft die Sitzungsleitung. Der Rat entscheidet darüber, ob die verbliebenen Tagesordnungspunkte auf einer zeitnah folgenden Fortsetzungssitzung behandelt werden sollten oder auf die nächste nach dem Sitzungsplan vorgesehene Sitzung verschoben werden können. Im letztgenannten Fall sind die betroffenen Tagesordnungspunkte an vorderer Stelle der dann geltenden Tagesordnung zu behandeln.“

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja (WSI)

12 Nein

4.3 Antrag der CDU Fraktion

ANT/2021/024

Hier: Einführung eines regelmäßigen Sitzungsendes um 22 Uhr

Der Antrag lautet:

Der Rat der Stadt Wedel möge beschließen, den § 30 „Unterbrechung, Vertagung und Aufhebung der Sitzung“ der „Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel“ wie folgt um einen neuen Absatz (4) zu ergänzen:

„Die Sitzungen des Rates und der Ausschüsse der Stadt Wedel sollen höchstens bis 22:00 Uhr dauern. Die Sitzung wird nach 22:00 Uhr nur fortgesetzt, wenn zwei Drittel der anwesenden Stimmberechtigten zustimmen.“

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja (4x CDU, 1x DIE LINKE)

8 Nein (3x SPD, 3x Bündnis 90 / Die Grünen, 1x WSI, 1x FDP)

0 Enthaltung

5 Wahl Bürgermeister*in
Vorbereitung der öffentlichen Ausschreibung

BV/2021/040

Herr Schmidt verlässt den Raum.

Herr Kissig klärt zunächst auf, dass eine Stellenausschreibung der Verwaltung aufgrund einer Änderung der Gemeindeordnung nicht mehr vorgesehen sei. Um dennoch eine Stellenausschreibung zu veröffentlichen, hat sich das Procedere im Vergleich zu den letzten Wahlen etwas verändert. In Ergänzung zu dem angefügten Entwurf der Stellenausschreibung weist er darauf hin, dass die fraktionslosen Ratsmitglieder in der Beschreibung der Zusammensetzung des Rates fehlen.

Herr Fölske stimmt dem Verfahren zu und schlägt „DIE ZEIT“ als zusätzliches Printmedium für die Veröffentlichung der Stellenausschreibung vor.

Frau Süß stört sich an der umständlichen Formulierung im ersten Absatz der Stellenausschreibung und schlägt daher vor, die Worte „auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung, der Privatwirtschaft oder der Vereine und Verbände“ zu streichen. Als zusätzliche Kriterien sollten „ausgeprägte Kommunikationsstärke“ und „Teamfähigkeit“ mit aufgenommen werden.

Herr Schnieber bittet Frau Süß darum, die Änderungen beim nächsten Mal schriftlich vorzulegen. Auf Nachfrage von ihm wird von mehreren HFA Mitgliedern bestätigt, dass DIE ZEIT einen umfassenden Stellenausschreibungsteil habe, in dem auch regelmäßig Stellen des öffentlichen Dienstes ausgeschrieben werden.

Herr Murphy spricht sich dafür aus, die Gebiete, auf denen die Führungserfahrung gesammelt worden sein soll, in der Stellenausschreibung zu belassen. Ansonsten dränge sich für ihn die Führungserfahrung im Militär auf. Diese reiche Herrn Murphy nicht aus.

Herr Kissig erläutert, dass es gesetzlich lediglich zwei Vorgaben für die Wählbarkeitsvoraussetzungen einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters gebe. Zum einen muss die Person am Wahltag das 18 Lebensjahr vollendet haben und zum anderen die Wählbarkeit zum Deutschen Bundestag besitzen. Den Rest können die Parteien nach ihren Belieben auswählen.

Nach kurzer Diskussion über den Beitrag von Herrn Dr. Murphy, stellt er klar, dass übers Ziel hinausgeschossen werde, wenn ihm jetzt die Diskreditierung von Soldaten und des Militärs unterstellt werde. Er entschuldigt sich, falls sich jemand angegriffen gefühlt habe und stellt klar, dass ihm Führungserfahrung, die ausschließlich beim Militär gesammelt wurde, nicht als Qualifikation für das Amt eines Bürgermeisters ausreiche.

Nach kurzer Absprache über den Vorschlag der Grünen, legt Herr Kissig fest, dass die Verwaltung den betroffenen Satz noch etwas abändert und die Auflistung streicht. Die noch zu benennenden Ansprechpartner der Parteien sollen per E-Mail von den Fraktionsvorsitzenden abgefragt werden. DIE ZEIT wird neben den Zeitungen Wedel-Schulauer-Tageblatt, das Hamburger Abendblatt und dem Amtsblatt für Schleswig-Holstein als Printmedium für die Veröffentlichung festgelegt.

Mit diesen Änderungen lässt Herr Kissig über die Beschlussvorlage abstimmen.
Anschließend betritt Herr Schmidt den Sitzungsraum.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die zum 01.05.2022 freiwerdende Stelle des/der Bürgermeister*in baldmöglichst im Internet (www.wedel.de) sowie in den Zeitungen Wedel-Schulauer-Tageblatt, Hamburger Abendblatt, Amtsblatt für Schleswig-Holstein und einer weiteren überregionalen Zeitung, nämlich DIE ZEIT, zu veröffentlichen.

Hierzu wird der in Anlage 1 angefügte Bekanntmachungstext beschlossen.

Für die Veröffentlichung in den Zeitungen wird die Kurzfassung gem. Anlage 2 verwandt. Der vollständige Ausschreibungstext gem. Anlage 1 wird auf der Internetseite der Stadt Wedel veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

-
- | | | |
|---|--|--------------------|
| 6 | Beteiligung der Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH an der 450 Versorgerallianz (einer Gesellschaft zur Gestaltung einer krisenfesten und zukunftssicheren Kommunikationslösung innerhalb der Energiewirtschaft) Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG (VA 450 KG) | BV/2021/041 |
|---|--|--------------------|

Herr Maurer von den Stadtwerken Wedel stellt diese Beteiligung kurz vor.

Beschluss:

- a.) Der Rat nimmt den als Anlage 1 beigegeführten Abwägungsbericht des Bürgermeisters gemäß § 102 Abs. 1 Nr. 1 GO SH zustimmend zur Kenntnis.
- b.) Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftsvertreter wie folgt zu beschließen:

Die Stadtwerke Wedel GmbH beteiligt sich mittelbar über die Stadtwerke Wedel BeteiligungsGmbH an der Gesellschaft **VA 450 KG** in einer Beteiligungshöhe von 0,57% zum Nennwert in Höhe 200.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

-
- | | | |
|---|--|--------------------|
| 7 | 1. Nachtragshaushaltssatzung 2021 | BV/2021/044 |
|---|--|--------------------|

Die CDU beantragt, heute dazu keine Empfehlung auszusprechen und die Entscheidung im Rat zu treffen. Es konnte bisher nicht in den Fraktionen darüber beraten werden.

Herr Schmidt berichtet, dass es intensive, nicht erfreuliche Gespräche mit dem Innenministerium gab. Die großen Investitionen werden jedoch weiterhin mit Nachdruck verfolgt. Die vorhandenen Mittel sollten dafür ausreichen. Falls dies nicht der Fall ist, könne eine zweite Nachtragssatzung erlassen werden. Die Höhe der Investitionen wurde vom Innenministerium nicht kritisiert. Ausschlaggebend sei die niedrige Investitionsumsetzungsquote. Bei der Umsetzung von Bauprojekten sollte zunächst mit der Bauabteilung kritisch betrachtet werden, zu welchem Zeitpunkt die Investitionen auch kassenwirksam werden können.

Herr Scholz ergänzt, dass bei der vorliegenden Nachtragssatzung die Erwerbskosten für Grundstücke, die Mittel für den Schulauer Hafen und die Mittel für die Schul-EDV nicht angefasst wurden. Bei den Sachmitteln des beweglichen Anlagevermögens wurde nach dem Gießkannenprinzip um 50 % gekürzt. Aktuell lägen bei großen Bauprojekten ohnehin keine Baugenehmigungen vor, sodass diese auch noch weiter geschoben werden könnten.

Herr Kissig stellt fest, dass in Zukunft näher am Haushalt geplant werden solle und gegebenenfalls auch unterjährig agiert werden müsse. Zusätzlich müsse stärker priorisiert werden. Alles was jetzt nicht umgesetzt werden könne, verschiebt sich. Dadurch stehen neue Projekte hinten an.

Aufgrund einiger Nachfragen erläutern Herr Scholz und Herr Schmidt, dass von den Kürzungen lediglich der Investitionsbereich betroffen sei. Der Ergebnisplan, der auch die Mittel für die Bauunterhaltungen enthält, sei nicht betroffen. Es werde auch mit Verpflichtungsermächtigungen gearbeitet. Kein politisches Projekt werde gestrichen, sondern lediglich verschärft darauf geachtet, wann auch die Mittel dafür fließen. Auf den hinteren Seiten der Vorlage sei eine Übersicht mit den Verpflichtungsermächtigungen aufgestellt. Bei den Sachmitteln war es so kurzfristig nicht anders möglich als alle Ansätze um 50 % zu kürzen. Die Produktverantwortlichen haben ein Budget und können damit priorisieren.

Herr Kissig bittet darum, sofern bis zum Rat noch Fragen an die Verwaltung bestehen, diese an Herrn Scholz zu schicken. Die Antworten sollen allen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

Anschließend lässt Herr Kissig über eine Vertagung der Entscheidung in den Rat abstimmen. Diese wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Es wird keine Empfehlung abgegeben. Der Beschluss soll in der Sitzung des Rates am 17.06.2021 gefasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Datenschutzrechtliche Bewertung der Protokollführung MV/2020/103

Herr Kissig stellt fest, dass in dieser Sache noch kein Beschluss zu fassen sei. Die Verwaltung solle nach der Sommerpause einen Vorschlag machen, wie mit dem Thema in Zukunft umgegangen werden solle. Zur Debatte stehe auch die Haftungsfrage vs. den Datenschutz. Als Möglichkeiten kämen Beschlussprotokolle oder Anonymisierungen in Betracht.

Frau Koschorrek fragt, ob das Thema auch ohne die Anfrage von Herrn Kissig hochgekommen wäre. Herr Amelung antwortet, dass dies früher oder später der Fall gewesen wäre, da die behördliche Datenschutzlerin bei Bekanntwerden sicherlich einen Hinweis an die Verwaltung gegeben hätte.

Herr Schnieber habe die Erfahrung gemacht, dass Datenschützer oft auf Nummer sicher gingen. Die Rechtseinschätzung dieser Frau müsste nicht für alle gelten. Er sei gespannt auf die Lösung der Verwaltung und weist darauf hin, dass ausführlichere Protokolle der Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsbegründung dienen.

Herr Amelung weist Herrn Schnieber darauf hin, dass „diese Frau“ eine Fachjuristin für Datenschutz und die behördliche Datenschutzbeauftragte der Stadt Wedel sei. Frau Jacobs-Emeis ergänzt, dass sie Tanja Roßmann heißt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.2 Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation

Herr Schmidt berichtet über die erfreuliche Entwicklung der letzten Tage. Der Inzidenzwert des Kreises läge seit zwölf Tagen unter dem Wert von 35 und seit drei Tagen unter 25. In Wedel sei das Infektionsgeschehen auf klar eingrenzbare Fälle zurückzuverfolgen. Voraussichtlich soll Ende der nächsten Woche die Maskenpflicht im Außenbereich auslaufen. An Engstellen, beispielsweise in der Schlange beim Bäcker solle weiterhin eine Maske getragen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Fölske berichtet Herr Schmidt, dass im Kreis Pinneberg ein Fall der Virusvariante D bekannt sei.

8.3 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

8.4 Öffentliche Anfragen

Frau Süß erkundigt sich, ob in Zukunft für die Fraktionssitzungen Hybridsitzungen möglich seien. Herr Amelung und Herr Karohl erläutern, dass die technischen Voraussetzungen nach und nach in den Sitzungsräumen geschaffen werden. Dies hänge jedoch auch davon ab, ob personelle Kapazitäten dafür vorhanden sind. In Kürze werden den Fraktionen feste Videokonferenzräume der Software BigBlueButton zur Verfügung gestellt.

Frau Koschorrek fragt, welche Mittel die Stadt bisher aufgewendet hat, um der Gastronomie und dem Einzelhandel bei der Bewältigung von Corona-Folgen zu helfen. Des Weiteren fragt sie, welche Mittel erforderlich wären, wenn die Stadt in diesem Jahr auf die Einnahmen verzichten würde, die mit der Inanspruchnahme öffentlicher Flächen durch Geschäfte des Einzelhandels und durch die Gastronomie verbunden sind. Sie hat die Fragen auch schriftlich eingereicht und bittet um schriftliche Antwort.

Herr Schmidt antwortet, dass während der Zeit, in der die Betroffenen aufgrund des Verbotes die Sondernutzung nicht in Anspruch nehmen konnten, eine Gebührenerhebung ausgesetzt wurde. Die Beantwortung wird zugesagt.

Herr Barop erkundigt sich nach dem Status der Absenkung der Westmole und ob es Hinweise gebe, ob sich der Zustand verschlechtert. Er habe viele Schäden ebenfalls an den Platten festgestellt.

Herr Schmidt wird nachfragen und die Frage im Fachausschuss beantworten.

Herr Fuchs weist auf den sich verschlechternden Zustand des Gebäudes auf dem Possehl Gelände hin. Durch den Verfall und Vandalismus steigt die Brandgefahr. Er fragt, welche rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten die Stadt habe.

Herr Schmidt antwortet, dass er demnächst einen Telefontermin mit dem Eigentümer habe. Dieser habe ihm mal zugesagt, dass ein Abriss geprüft werde. Bei dem Termin wird Herr Schmidt den Eigentümer darauf hinweisen, dass geprüft werde, welche Möglichkeiten die Stadt habe.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.



Öffentlicher Teil

15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Unter TOP 11 wurde die Beteiligung der Stadtwerke BeteiligungsGmbH an der Gründung einer Gesellschaft zur Realisierung und Erprobung von Digitalisierungs- und Automatisierungsprojekten in der Energiewirtschaft empfohlen.

Unter TOP 12 wurde ein Grundstücksverkauf im Businesspark empfohlen.

Anschließend bedankt sich Herr Kissig bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:15 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Kissig

Michael C. Kissig

Protokollführung:

Gez. Viehmann

Niklas Viehmann

